

britannien auch diese Vorherrschaft zu entreißen. Diesem Zwecke diene die Washingtoner Seeabstimmungskonferenz vom Jahre 1921, auf der England formell die völlige amerikanische Meereshoheit zur See anerkannte, und die jüngste Genfer Konferenz folge aus der grundsätzlichen Anerkennung der praktischen Folgen, insbesondere in der Kreuzerfrage, zichen. Die britische Diplomatie hielt aber diesmal den Rücken frei. Sie witterte hinter dem amerikanischen Vorgehen außer dem allgemeinen Vorstoß gegen die britische Seeherrschaft auch noch eine andere besondere Gefahr, nämlich einen weiteren Schritt nach vorwärts auf der Bahn der Annahiederung des Dominiums Kanadas an die Vereinigten Staaten. Das Amerika schon seit langem nach der Einverleibung der reichen Weizenbänder des ganz von amerikanischen Kapital durchdrungenen kanadischen Gebietes strebt, und daß es in seinen Absichten von Strömungen in Kanada selbst unterhütet wird, ist kein Geheimnis. Dieses Ziel wird aber um so näher gerückt, je mächtiger die Union zur See besteht und je weniger England daran denken kann, um Kanadas willen einen Bassengang mit ihr zu wagen. Die ganze Frage ist für England dadurch noch drückender geworden, daß Kanada in den Völkerverbund gewählt worden ist und nunmehr als selbständiger Staat mit seiner hochgradigen amerikanischen Interessendurchdringung dem Mutterlande in Gengegenübersteht.

So ist also zunächst zwischen den beiden angelsächsischen Mächten eine Entfremdung eingetreten. Falls wäre es aber, anzunehmen, daß diese Entfremdung in den Beziehungen zu einer dauernden Feindschaft mit der Aussicht auf einen späteren Krieg führen könnte. Das hieße sowohl die Einsicht der britischen Diplomatie, die sich der Grenzen der eigenen Kraft des Reiches wohl bewußt ist, wie die Stärke des Juges nach Einigkeit unterstehen, der durch die ganze englisch redende Welt geht. Es spricht vielmehr die größte Wahr-

scheinlichkeit dafür, daß England auch künftig Amerika gegenüber der nachgehende Teil sein wird. Die Unterstützung Japans mit Geld und Munition ist zwar an sich eine gegen Amerika gerichtete Geste, aber solange sie nicht zu einer Erneuerung des Bündnisses führt, kann sie nur als Bluff wirken. Die Tatsachen reden für England eine harte Sprache. Amerikas Wirtschaftsimperialismus überlagert den englischen Handel, der Dollar drückt auf das Pfund, im Weltkrieg hat die amerikanische Standardgesellschaft das Feld behauptet. Es wird der britischen Staatsbank nach menschlichem Ermessen nicht weiter übrig bleiben, als mit Hartnäckigkeit alle Positionen, die noch behaupteten Stellung zu verteidigen und jede einzelne nur nach verbissenem diplomatischem und wirtschaftlichem Kampfe aufzugeben, bis Amerika so weit vorgerückt ist, daß sein imperialistischer Drang Sättigung gefunden hat. Dann wird die angelsächsische Interessensolidarität in aller Welt ein vorwiegend amerikanisches Gepräge zeigen, während sie vor dem englischen Stempel trug. Fortbestehen wird sie aber auch dann, und fortbestehen wird mit ihr die Legende, daß die angelsächsische Rasse berufen sei, sich in die Herrschaft der Welt zu teilen. In diesem Glauben sind sich Engländer und Amerikaner völlig einig. „It's our destiny!“ Es ist unsere schicksalvolle Bestimmung, sagen sie. Für Deutschland hat das Übergewicht des amerikanischen Elementes im Angelsächsentum nichts Erfreuliches; denn der moderne Amerikanismus ist nach dem Urteile eines deutschen Kenners „eine störrische, rückwärts auf rein materiellen Gewinn im größten Maße eingestellte wirtschaftspolitische Maschine, der alle seelischen und ethischen Werte als untergeordnete Hebel und Schrauben dienen müssen“. Um so unbeeindruckter ist die Gleichgültigkeit und Verständnisslosigkeit, womit vielfach in deutschen Kreisen das politische und wirtschaftliche Vordringen des Amerikanismus betrachtet und wohl gar noch als kultureller Fortschritt gepriesen wird.

Pölnische Schmähungen gegen Malhan.

Warschau, 25. Sept. Der „Kurjer Poranny“ beschäftigt sich heute mit dem tragischen Tod des Botenführers v. Malhan. Er schreibt, Polen habe in Malhan einen seiner hochachteten und verehrtesten Helden gehabt. Er sei der Repräsentant der Befähigung und Denkart der österreichischen Junker gewesen. Seine Loyalität für die Republik sei nur schwerlich zu nennen und habe ihn nicht an dem Kontakt mit dem militärisch-moralischen Deutschland gehindert. Nach jetzt habe er gemeinlich mit dem General Deyne neue geheimnisvolle Pläne in Amerika durchzuführen wollen, die durch seinen Tod unterbrochen worden seien. Sein Tod bedeute einen Schlag gegen die Weltpolitik Deutschlands.

Diese Rede des polnischen Blattes reißt sich wahrlich an die Schmähdarstellung des „Kurjer Poranny“ und der „Gazeta“ an. Besonders verächtlich ist es, daß der „Kurjer Poranny“ mit seinen unmaßnah und phantastischen Unterstellungen einen Toten zu treffen sucht.

Die kondolierenden Staaten.

(Drahtmeldung aus dem Berliner Christlichen.)
Berlin, 26. September. Anlässlich des Todes des Freiherren von Malhan haben zahlreiche der in Berlin vertretenen ausländischen Missionen der Reichsregierung ihre Teilnahme an dem Tode des Freiherren von Malhan zum Ausdruck gebracht. So Sowjetrußland, Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Spanien, der Heilige Stuhl, Finnland, Lettland, China, die Schweiz, Polen, Estland, Dänemark, Argentinien, Schweden, Bulgarien, Belgien, Tschechoslowakei, Venezuela und Estland.

Die Deutsche Luftkassa zum Schleyer Unglück.

Berlin, 26. Sept. Der Verwaltungsrat der Deutschen Luftkassa teilt mit: Die Untersuchung der Sachverhältnisse über den Flugunfall bei Schleyer am 26. September hat ergeben, daß ein menschliches Versagen nicht vorliegt, besonders aber hat sie gezeigt, daß Flugzeugführer und Bordmonteur in treuester Pflichterfüllung und Sorgfalt für die ihnen Anvertrauten das menschenmögliche getan haben. Es ist der Verwaltung der Deutschen Luftkassa ein Herzogbedürfnis, dieses vorbildliche Verhalten beider Piloten bekanntzugeben. Flugzeugführer Willi Charlett, bereits seit 1912 in der Fliegerei tätig, war einer der erfolgreichsten deutschen Piloten und hat im regelmäßigen Luftverkehr fast 250.000 Kilometer geflogen. Der Bordmonteur Josef Feiler hat sich stets durch gewissenhafte und sachverständige Arbeit in seinem Dienst hervorgetan und ist gleichfalls seit vielen Jahren bei der Deutschen Luftkassa tätig. Charlett und Feiler haben allein in der Zeit von Mai bis September dieses Jahres etwa 60.000 Kilometer auf demselben Flugzeug zurückgelegt, mit dem sie jetzt gemeinsam den Tod fanden. Die Deutsche Luftkassa ist stolz, diese beiden Pioniere der Luftfahrt zu den Irtigen gezählt zu haben und wird ihnen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Eine Unterredung Stresemann—Briand.

Erleichterung der Lage durch die Sonntagsreden.

Genf, 26. Sept. Am Laufe des heutigen Nachmittags fand während der Sitzung der Vollversammlung eine Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Briand statt. Die Unterredung, die im Vorzimmer des Reformationshauses in aller Öffentlichkeit erfolgte, dauerte kaum 20 Minuten. An der Unterredung nahmen als Dolmetscher Prof. Anard von der französischen Botschaft in Berlin und ein Mitglied der deutschen Delegation teil. Es noch eine weitere Unterredung zwischen den beiden Außenministern stattfinden wird, steht nicht fest. Allgemein ist der Charakter der Unterredung zwischen den beiden Außenministern aufgefallen. (ZII.)

Genf, 26. Sept. Die deutsche Delegation hat heute vormittag eine längere Besprechung abgehalten, in der auch die am nächsten Sonntag abhaltende Rede des belgischen Ministerpräsidenten Jaspar in Ordnung, sowie die Rede des französischen Außenministers Barthou, der bekanntlich dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré nahesteht, behandelt worden sind. Die beiden Reden sind infolge ihres gegenseitigen, an die Axiomeminderungen unmittelbar anknüpfenden Charakters allseits als eine Komplizierung der Lage empfunden worden. Man rechnet hier damit, daß in der Unterredung Stresemanns mit Briand in erster Linie die durch die beiden Reden vom Sonntag geschaffene Lage zur Erörterung gelangt ist.

Heute nachmittag findet eine Unterredung zwischen Dr. Stresemann und dem Senator de Broquere, dem ersten belgischen Delegierten, statt. Hierbei wird von deutscher Seite an die belgische Regierung die offizielle Ausdrucks gerichtet werden, ob sie sich mit einer schiedsgerichtlichen Behandlung der Frankfurter-Affäre einverstanden erklären wird. Ueber die Haltung der belgischen Regierung ist noch nichts Bestimmtes bekanntgeworden, doch rechnet man in Völkerverbundkreisen vielfach mit einer ablehnenden Haltung Belgiens, die, wie man vermutet, nicht ohne Folgen auf die Stellung des belgischen Außenministers Vanderveelde bleiben dürfte.

Die deutsche Delegation wird nach den bisherigen Dispositionen Genf am Mittwochnachmittag verlassen und nach Berlin zurückkehren. Die Tagung der Vollversammlung soll im Verlaufe des heutigen Abends zu Ende gehen. Am Dienstag findet noch eine Sitzung des Rates statt, auf der die Salamis-Affäre und die noch nicht gelöste Frage der Territorialität auf der Danziger Weichsel zur Verhandlung gelangen wird. Bei der Salamis-Affäre erwartet man, daß von deutscher Seite eine Erklärung abgegeben wird, jedoch wird die Regelung dieser Angelegenheit wahrscheinlich auf die Dezember-Tagung des Rates verlegt werden.

Neue Forderungen Poincarés.

Er will es nicht gewesen sein.
(Durch Ausspruch.)

Paris, 26. Sept. Poincaré hielt in Bar le Duc als Vorsitzender des Generalrats heute eine Rede, in der er u. a. erklärte: Wir Vorkämpfer sind viel mehr interessiert am Frieden, als viele von denen, die mit so viel Beharrlichkeit von ihm sprechen. Bereits vor dem Angriff Deutschlands gab es in Frankreich keinen Landesteil, der mehr als dieser darauf bedacht war, einen bewaffneten Konflikt zu vermeiden. Die Vorkämpfer wissen, daß sie im Falle eines Kampfes am meisten unter seinen Schrecken zu leiden haben würden. Wir wollten den Frieden, aber wir wollten auch unsere Sicherheit. Wir hielten darauf, daß Frankreich in der Lage wäre, sich zu verteidigen, wenn es angegriffen würde. Wir hielten darauf, daß es außerhalb Freunde und Verbündete habe. Keiner von uns hat vor 1914 eine andere Politik befolgt. Keiner von uns würde den schmähslichen Mut gehabt haben, den Krieg zu erklären oder ihn zu provozieren. Als er uns aufgegeben wurde, haben wir aus vollem Herzen einen Krieg gewünscht, der nicht nur den Feind zurücktrieb, sondern auch Frankreich in seiner territorialen Integrität wiederherstellte und ihm mit der Wiedergutmachung seiner Schäden eine volle Sicherheit gewährleistete. Wir können jene Legende nicht ernst nehmen, die man jetzt aufzuziehen versucht, die von einer „hässlichen Invasions“ spricht, die die Zivilbevölkerung geschont habe und heinlich harmlos gewesen sei. Zu viel Greuel, zu viel Frauen wurden in den ersten Wochen des Krieges in unseren besetzten Gemeinden getötet; zu viel Häuser wurden in Brand gesetzt, als daß unsere Landsleute nicht die Pflicht hätten, gegen eine so offenkundige Verleugnung der Wahrheit zu protestieren. Die Vorkämpfer wollen wohl Vergessen über, aber sie wollen nicht, daß die Lüge sich festsetzt.

Poincaré ging alsdann auf das von der Regierung der nationalen Eintracht bisher geleitete Werk ein und erklärte, er für seinen Teil würde es als Fahnenstich ansehen, wollte er jetzt den Posten verlassen, auf den er berufen worden sei. Er werde das nur tun, wenn das Parlament ihm das Vertrauen verweigere, oder wenn eine Abstimmung erfolge, die das begonnene Werk bedrohe oder wesentliche Grundzüge seiner Ueberzeugung verleihe. Dieser Entschluß sei auch der seiner Mitarbeiter. (B. L. B.)

Eine Rede Maginots.

Paris, 26. Sept. Der frühere Kriegsminister Maginot hat gestern bei der Einweihung einer Gedenktafel für die an den Kämpfen von Verdun und Bar le Duc beteiligten französischen Soldaten eine Rede gehalten, in der er u. a. erklärte: Angefichts eines Deutschlands, das vor acht Tagen angeht hat, daß es dem Geiste von Tannenberg treu bleibt, besteht keine Gewähr für die Sicherheit Frankreichs. Abwärtung einem derartigen Deutschland gegenüber wäre unter den gegenwärtigen Umständen ein Wahnsinn. Sie wäre ein Verbrechen, dessen Folgen für Frankreich verheerend sein könnten.

Die Pressekritik an der neuen Hektampagne.

Berlin, 26. Sept. In der Genfer Diskussion über die Hindenburg-Rede und die Reden Barthous, Poincarés und Jaspar nimmt die Berliner Presse ausführlich Stellung. Besonders scharf äußert sich der „Vorwärts“. Er fragt, warum die Diskussion und die Reden überhaupt entlassen seien und erklärt dazu: „Weil der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der verantwortliche Leiter unserer auswärtigen Politik, nicht den Mut hätte, gegen eine im höchsten Grade überflüssige und schädliche Stelle in der Tannenbergrede des Reichspräsidenten Einspruch zu erheben.“ Das Blatt lehnt eine Diskussion der Reden ab, stellt aber zu der Schuldfrage fest, daß Deutschland die Debatte provoziert habe. Wenn die Tannenbergrede von der Lasko und von dem reinen Hosen und Schwertern Deutschlands auf ein Land nicht wolle, so sei das Belgien. Es sei glatter Wahnsinn, vor einem unparteiischen Publikum die deutsche Unschuld gegenüber Belgien nachzuweisen zu wollen, nach dem anfrichtigen Schuldbekenntnis Reichmanns-Hollwegs vor 13 Jahren. Der „Vorwärts“ kommt zu dem Schluß: „Das alles kommt eben davon, wenn man auswärtige Politik mit den Deutschnationalen zusammen machen will.“

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: „Wollte man sich auf das Gemisch von Unrecht und Recht, von Bösem und gutem Willen, von Mißverständnissen und Entstellungen in den Reden der Minister antworten, so würde man vor allem die unerschämte Formulierung des Berichterstatters des „Reichs Pariser“ zurückzuweisen haben, nach der auch Breitscheid und Georg Bernhard auf dem Standpunkt Stresemanns, Hindenburgs und Beharps ständen. Das lobte aber gar nicht, hier brauche man es nicht zu hören, und drüben wolle man es nicht hören. Das sei das Kennzeichen der ganzen Debatte.“

Das „Berliner Tageblatt“ wendet sich von neuem gegen Stresemann und Marx, die die Rede Hindenburgs nicht hätten aufheben dürfen, und schreibt dann: „Wenn weiter auf diese Weise „Politik“ gemacht werden soll und niemand das höchste Zivilcourage aufbringt, das dazu gehören sollte, dem verumtelt auch jetzt noch nicht über die Wirkung seiner Rede klar informierten Reichspräsidenten vernünftigen Rat zu erteilen, dann können wir wieder herrlichen Seiten entgegengehen.“ Solche peinlichen Feststellungen seien aber kein Grund, die Reden Barthous und Jaspar-

entschuldigbar zu finden. Wenn Herr Jaspar von den Brandstiftungen in Belgien sprach, so vergißt er, daß es auch brandstiftische Worte gebe, und Herr Barthou mag man erklären, daß mit Siegesstrahlen eigene Mißstände auch nicht sorgemachend werden kann. Beide hätten kein Recht, die Anklagen zu spielen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bedauert den Rückfall in die Aberteiligkeit und Nachkriegsbege und fragt, weshalb sich Belgien und Frankreich gegen ein unparteiisches Schiedsgericht sträuben. Deutschland könne die ständia wiederholten Angriffe in der Kriegsschuldfrage nicht schweigend hinnehmen. Diese Tatsache müßte sich auch Jaspar vor Augen halten. Ein „neutraler Staat“, der lange vor Kriegsausbruch durch militärische Verträge mit Frankreich und England, die nachgewiesen werden könnten, selbst seine Neutralität aufgegeben habe, habe kein Recht, über Verletzung seiner Neutralität durch einen Dritten zu klammern.

Die „Tägliche Rundschau“ meint, Barthou sei nicht gerade die geeignete Persönlichkeit, um Hindenburg zu antworten, und die Rede Jaspar's übertriffe an Leichtfertigkeit und skrupelloser Parteilichkeit weit die Reden, die in Ormes und Dinant gehalten worden seien. — Unter der Ueberschrift: „Der Rebel zerreiht“, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: Die Reden führender belgischer und französischer Staatsmänner decken mit erschreckender Klarheit die wahre Bestimmung im Gegenlager auf. Wenn Deutschlands Schuld wirklich so feststünde, dann könnte sie die Entente durch neutralen Schiedspruch leicht bekräftigen lassen und damit die Friedensverträge noch stärker unterbauen lassen.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt Neben Resten eine unerhörte Herausforderung Deutschlands, seiner Regierung und seines Volkes dar. Jetzt sei es Zeit, bei den Ententemächten vorstellig zu werden. Der Kampf um die Ehre Deutschlands beginne. — Wo bleibt die deutsche Abwehr?, so fragt die „Tägliche Rundschau“ und erklärt, selbstverständlich könnten die Anklagen in den Reden der Minister nicht ohne Rückwirkung auf die jetzt in Genf schwebenden deutsch-belgischen Verhandlungen bleiben. Die Reichsregierung dürfe in ihrem Kampfe um die „reinen Hände“ des deutschen Volkes nicht nachlassen; deshalb heraus mit den Grauel-Geistes, die in den deutschen Archiven vermodern!

Der bedrohte Haushalt der Mittel- und Kleinstädte.

Erhöhung der Reallohnern unvermeidlich?
Berlin, 26. September. Der Vorstand des Reichs-Städtebundes hat in seiner heutigen Sitzung in Berlin folgende Entschlüsse gefaßt:

Die 1350 im Reichs-Städtebund vereinigten mittleren und kleinen Städte weisen Reichs- und Landesregierungen, Reichs- und Landesparlamente und die gesamte Öffentlichkeit auf die überaus ersten Sorgen hin, mit der sie der kommenden Gesetgebung in Reich und Ländern entgegensehen. Die Gemeindefinanz für 1927 haben trotz einer entsprechend der Zeitnot nur auf die notwendigsten Ausgaben vorgenommen Beschränkung vielfach nur auf dem Papier ins Gleichgewicht gebracht werden können, ohne daß die sehr beträchtlichen Beiträgen aus dem Variab gedreht werden konnten. Die Mehrüberweisungen aus den Reichs- und Landesparlamenten, die den Städten anfallen und bei den verschiedenen Verteilungsschritten nicht einmal allen Städten zugute kommen, reichen nicht aus, um die durch Reichs- und Landesgesetzgebung und die erhebliche Erhöhung der Preislagen bewirkte Steigerung ihrer notwendigen Ausgaben zu decken.

Für die neuen Ausgaben, die durch eine als notwendig anerkannte Beibehaltung der Städte und die Durchführung eines Reichsstaatslehes den Städten auferlegt werden sollen, findet sich in den bisherigen Einnahmequellen keine Deckung. Einer weiteren Beschränkung ihrer Ausgaben sind in Anbetracht der bereits vollzogenen Streichungen enge Grenzen gesetzt. Wenn den Städten daher von Reich und Ländern keine Mittel für die neuen Ausgaben überlassen werden, so bleibt ihnen keine andere Möglichkeit, um ihre Verpflichtungen erfüllen zu können, als eine erneute Erhöhung der Reallohnern und der Gemeindefinanz, die nach ihrer Auffassung in den meisten Städten nicht mehr zu verantworten ist. Dies zu verhindern ist in gleicher Weise eine reichs- und staatspolitische Notwendigkeit.

Dr. Beckers Schlag gegen die Studentenschaften.

Berlin, 26. Sept. Am 1. Oktober wird die Verordnung des preussischen Kultusministers veröffentlicht werden, die die Bildung der Studentenschaften regelt. Nach dem demokratischen Zeitungsdienst wird in dieser Verordnung, entsprechend den früheren Forderungen des Kultusministers, die Aufnahme von Auslandsdeutschen den Studentenschaften zur Pflicht gemacht werden. Außerdem wird der Kultusminister, entsprechend den Wünschen des Landtages, eine schärfere Kontrolle der Finanzverwaltung in der studentischen Selbstverwaltung durch Richtlinien über die Zusammenfassung der Vermögensverwaltung festlegen. Die „Voss. Zig.“ rechnet damit, daß die preussische Studentenschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit sich für die Verordnung einsetzen wird, während eine Anzahl außerpreussischer Universitäten sie für sich ablehnen wird, und daß die preussischen Studentenschaften infolgedessen auf der Deutschen Studentenschaft austreten würden.

Weiter sinkende Erwerbslosenziffern.

Berlin, 26. September. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. September 1927 rund 381.000 (männlich 203.000, weiblich 78.000), gegenüber 404.000 (männlich 221.000, weiblich 83.000) am 1. September 1927 und rund 420.000 (männlich 232.000, weiblich 88.000) am 15. August 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis zum 15. September 1927 betrug rund 39.000, gleich 5,5 vom Hundert. Die Zahl der Anhaltsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 466.000 auf 427.000 gesunken.

Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Zeit vom 15. August bis zum 15. September 1927 weiterhin zurückgegangen, und zwar um rund 20.000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. September 1927 rund 136.000 (männlich 108.000, weiblich 28.000), gegenüber 158.000 (männlich 125.000, weiblich 33.000) am 15. August 1927. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitlosen hat sich demnach in der Zeit vom 15. August bis zum 15. September 1927 von 576.000 auf 517.000, also um rund 59.000, gleich 10,2 vom Hundert, vermindert.

Berlin, 26. September. Die auf den Etiching des 21. September berechnete Großhandelsindex der Statistikischen Reichsamtes ist mit 139,6 gegenüber der Vormode (139,8) nahezu unverändert.